

Große Anfrage

der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Gunnar Uldall, Ulrich Adam, Dietrich Austermann, Otto Bernhardt, Silvia Bonitz, Klaus Brähmig, Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Hansjürgen Doss, Anke Eymer (Lübeck), Dirk Fischer (Hamburg), Erich G. Fritz, Kurt-Dieter Grill, Susanne Jaffke, Ulrich Klinkert, Eva-Maria Kors, Dr. Martina Krogmann, Dr. Paul Krüger, Angela Merkel, Friedrich Merz, Elmar Müller (Kirchheim), Bernd Neumann (Bremen), Friedhelm Ost, Dr. Bernd Protzner, Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Volker Rühle, Hartmut Schauerte, Karl-Heinz Scherhag, Michael von Schmude, Birgit Schnieber-Jastram, Reinhard Freiherr von Schorlemer, Max Straubinger, Angelika Volquartz, Gert Willner, Matthias Wissmann, Dagmar Wöhrl, Peter Kurt Würzbach und der Fraktion der CDU/CSU

Die Ostseeregion – Chancen und Risiken einer Wachstumsregion von zunehmender weltweiter Bedeutung

Im Zeitalter der Globalisierung kommt den Zusammenschlüssen regionaler Wirtschaftsräume gemäß der Prämisse „All business is local“ eine stetig wachsende Bedeutung zu – im ökonomischen, aber auch politischen und kulturellen Sinne. Bereits rund sechs Prozent des Welthandels werden im Ostseeraum erwirtschaftet. Der Ostseebinnenhandel beträgt jährlich bereits rund 100 Mrd. US-Dollar. Experten der Landeszentralbank von Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein rechnen in einigen Bereichen mit Zuwachsraten von 100 bis 250 Prozent in den kommenden zehn Jahren. Treffen diese optimistischen Prognosen zu, wird sich die Ostseeregion im nächsten Jahrhundert zu einem europäischen wie globalen Motor für Wachstum und Wohlstand entwickeln; mit besonderen Chancen, aber auch Risiken für unser Land. Deshalb gilt es heute, zehn Jahre nachdem die Ostseeregion (Baltic Sea Region) erneut zu einem wirklich europäischen Binnenmeer geworden ist, eine Bilanz des bisher Erreichten zu ziehen und die Aufgaben wie Herausforderungen der Zukunft klar zu definieren.

Nach dem Ende des Kalten Krieges und im Zuge zunehmender weltweiter wirtschaftlicher Vernetzung ist auch die historische Einheit des Ostseeraums nunmehr wiederhergestellt. Dennoch charakterisieren immer noch bedeutende wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Unterschiede die Ostseeregion:

So liegen die Pro-Kopf-Einkommen heute im westlichen Teil des Ostseeraums fünf- bis zehnmals höher als im östlichen Teil. Ballungsräume mit hoher Bevölkerungsdichte stehen großen ländlichen Gebieten gegenüber. Kapitalintensive

High-Tech-Unternehmen aus Hochlohnländern konkurrieren mit arbeitsintensiv produzierenden Wettbewerbern und deren niedrigen Lohnkosten. Der Dienstleistungssektor dominiert in den westlichen Anrainerländern, der Agrarbereich in den östlichen. Die Lebenserwartungen divergieren von durchschnittlich 57 Jahren in Russland bis über 80 Jahre in Skandinavien. Während die demographische Alterung der westlichen Gesellschaften die dortigen sehr gut ausgebauten sozialen Sicherungssysteme in immer größere Finanzierungsprobleme bringt, weisen die Staaten des ehemaligen Warschauer-Paktes einen durchschnittlich wesentlich jüngeren Bevölkerungsaufbau bei gleichzeitig sehr geringen sozialen Leistungen auf. Auch bei Verkehrs-, Telekommunikations- und Energievernetzungen, die über 50 Jahre in einer geteilten Region aufgebaut worden waren, bestehen nach wie vor grundlegende Defizite. So ist es trotz der Querung des Großen Belt noch ein weiter Weg bis zur Vollendung einer ringförmigen Ostseeautobahn und auch bei den Schnittstellen „From Road to Sea“ besteht starker Entwicklungsbedarf. In Fragen einer nachhaltigen ökologischen Entwicklung, des Klimaschutzes und der sicheren Nutzung von Energieträgern, insbesondere der östlichen Kraftwerke, sind die Herausforderungen zwar definiert, Maßnahmen jedoch in vielen Fällen weder differenziert konzipiert noch ausreichend umgesetzt. Für die Lösung der Aufgaben, die durch die bisherigen Beschlüsse der Helsinki-Konferenz zur ökologischen Sanierung des Ostseeraums auch als Beitrag zur Agenda 21 des Ostseeraums gestellt sind, ist eine positive ökonomische Entwicklung eine unabdingbare Voraussetzung.

Um diese Unterschiede zu verringern und zu einer gemeinsamen Entwicklung und erfolgreichen Zukunft des Ostseeraums zurückzukehren, wurde unmittelbar nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 ein Prozess der Reaktivierung alter Verbindungen und Handelswege in Gang gesetzt. Mittlerweile bietet die Ostseeregion insgesamt wieder eine Vielzahl von Voraussetzungen, um an die wirtschaftlichen Erfolge und kulturelle wie politische Zusammenarbeit der vergangenen Jahrhunderte anzuknüpfen:

Die politische Unabhängigkeit und der Fall des „Eisernen Vorhangs“ ermöglichte den mittel- und osteuropäischen Staaten, sich wieder nach Westen und den Mitgliedern der EU, sich wieder nach Osten zu orientieren. Politische Kooperationen „von oben“ wurden ebenso auf den Weg gebracht, wie viele kleine kommunale und private Zusammenschlüsse „von unten“. Ein dichtes Netzwerk an Kontakten und persönlichen Verbindungen konnte sich in den vergangenen zehn Jahren entwickeln. Im Zuge der EU-Osterweiterung wird der Rechtskodex der Europäischen Union die Ostseeregion erneut zu einem Binnenmeer mit gemeinsamer rechtlicher Grundlage werden lassen. Nach Abgrenzung der schwedischen Wirtschaftsexperten der Swedbank und von EuroFutures des vergangenen Jahres umfasst das Einzugsgebiet der Ostseeregion („Grand Baltic Sea Region“) nicht weniger als 300 Millionen Menschen, was sogar die Einwohnerzahlen der USA und Kanada zusammengenommen übertrifft. Über 100 Universitäten und Forschungsinstitute können den Ostseeraum zudem zu einem globalen Forschungszentrum machen. Die Beitrittsverhandlungen der EU mit Polen und Estland und die geplante Aufnahme solcher Verhandlungen mit Lettland und Litauen, die Wirtschaftsbeziehungen mit Norwegen sowie die Partnerschaftsabkommen mit Russland schaffen gemeinsame Ziele. Durch die militärische Ausdehnung der NATO nach Osten, die Kooperation mit den baltischen Staaten sowie den Nachfolgestaaten der GUS haben sich auch die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen in den vergangenen zehn Jahren grundlegend gewandelt und zu mehr Stabilität in der Region beigetragen.

Infolgedessen konnte sich der Ostseeraum, der in nur fünf Jahrzehnten zu einer europäischen Randregion ohne eigene politische und ökonomische Bedeutung

verkümmert war, seit 1989 wieder zunehmend zu einer erfolgreichen „Euroregion Ostsee“ entwickeln.

Für Deutschland kommt dieser positiven Entwicklung der Ostseeregion eine besondere Bedeutung zu; sie eröffnet neue Perspektiven. Die deutschen Exporte in diese Region sind so groß wie die Warenlieferungen in die USA und Japan zusammen. Für fast alle Ostseestaaten steht Deutschland an der Spitze der wichtigsten Handelspartner. Insgesamt macht der Anteil des Handels mit den Anrainerstaaten im Ostseeraum bereits über zehn Prozent des gesamten deutschen Im- und Exports aus. Im Zeitraum von nur sechs Jahren (1993–1998) stieg der deutsche Export in die drei baltischen Staaten durchschnittlich um über 270 Prozent (allein in Estland um fast 350 Prozent) und in Polen um fast 150 Prozent. Und auch mit den ökonomisch wichtigsten Ostsee-Partnern Dänemark, Schweden, Finnland und Norwegen konnten teilweise bis zu dreistellige Zuwachsraten erzielt und Arbeitsplätze in Deutschland gesichert werden.

Um diese Entwicklung zu ermöglichen und nachhaltig zu unterstützen, hatte die deutsche Politik in der Vergangenheit der Ostseekooperation bislang deutlich Priorität beigemessen. Die entscheidenden Grundlagen und Konzepte für nachhaltiges regionales Wirtschaftswachstum sind mittlerweile auf den Weg gebracht, Erfolge werden sichtbar.

Dass die aufstrebende Ostseeregion weder im Koalitionsvertrag noch in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers ihren Niederschlag gefunden hat, ist gerade vor diesem Hintergrund um so unverständlicher.

Denn auch zehn Jahre nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ gilt es, die bestehenden Ostsee-Konzepte energisch umzusetzen, weiter auszuschöpfen und auszubauen, um die guten Ergebnisse der vergangenen Dekade dauerhaft im nächsten Jahrhundert zu stabilisieren. Um die im Ostseeraum vorhandenen politischen, ökonomischen und kulturellen Chancen optimal nutzen zu können, ist auf der Grundlage der von Finnland vorgeschlagenen Politik der „Nördlichen Dimension“ der EU die Zusammenarbeit aller Anrainerstaaten auszubauen und zu intensivieren. Im Bereich Verkehr muss der Ausbau der Hinterlandverbindungen und die Vervollständigung des Verkehrsringes „Via Hansica/Via Baltica“ als Ostseering umgesetzt werden. Der Aufbau europa-kompatibler Kommunikationssysteme ist dringend erforderlich. Kostengünstige und zugleich umweltbewusste Netzwerkverbindungen müssen dazu beitragen, die Energieversorgung der Ostseeregion zu gewährleisten. Wissenschaftliche Kooperation und der Aufbau institutioneller Infrastruktursysteme sind weiter zu stärken und zu vertiefen. Und auch der Stabilisierung der Ostsee-Sicherheitsarchitektur kommt nach wie vor eine zentrale Bedeutung für die Zukunft der Ostseeregion zu. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Beitrittsländern muss ausgebaut werden, und es bedarf gemeinsamer Anstrengungen aller Ostseeanrainer zur Unterstützung Nordwest-Russlands bei der Modernisierung seiner Verwaltung und beim Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen.

Diese großen historischen Herausforderungen können nicht allein durch Direktiven „von oben“ gemeistert werden. Städte, Provinzen und private Initiativen müssen – orientiert an einem übergreifenden politischen Leitbild – in den Einigungsprozess eingebunden und dieser somit „von unten“ gestärkt werden.

Die gemeinsame Ausgestaltung dieses Ostsee-Leitbildes und die Ausarbeitung dauerhafter Lösungswege ist daher heute wie morgen auch die Aufgabe einer ebenso zielorientierten wie vorausschauenden deutschen Ostseepolitik für das nächste Jahrhundert. Wir benötigen eine Offensive für die Ostsee.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Bundesregierung:

- I. Allgemeine Daten zur Ostseeregion (Baltic Sea Region)
 1. Wie definiert die Bundesregierung den geographischen und wirtschaftlichen Raum der Ostseeregion für ihr politisches Handeln?
 - Welche anderen Abgrenzungen macht sie sich zu eigen (Ostseerat, EU, Definition anderer Ostseeanrainer für die Ostseeregion)?
 - Welche politischen und wirtschaftlichen Folgen ergeben sich aus etwaigen Abgrenzungsunterschieden?
 2. Wie hat sich die politische Verflechtung des Ostseeraums in den letzten zehn Jahren entwickelt?
Welches sind die für den Ostseeraum entscheidenden internationalen Gremien?
 3. In welchen Bereichen haben sich im Zeitraum von 1989 bis 1999 innerhalb der Ostseeregion Gemeinsamkeiten – aufgliedert nach den einzelnen Ostseeanrainern und Bereichen – entwickelt, in welchen bestehen weiterhin Unterschiede (beispielsweise bezüglich der Lebenserwartung, des Lebensstandards pro Kopf, der ökologischen Situation, ...)?
Welche Maßnahmen werden von welchen öffentlichen und privaten Institutionen ergriffen, um bestehende Unterschiede zu überwinden?
- II. Deutschland und die Ostseeregion
 4. Welche politische Zielvorstellung verfolgt die Bundesregierung in der deutschen und europäischen Ostseepolitik?
 5. Welche Initiativen hat die Bundesregierung seit ihrem Amtsantritt bezogen auf die Ostseeregion fortgeführt, welche hat sie beendet, welche hat sie neu begonnen?
 6. Warum ist die Ostseeregion, die schon im Koalitionsvertrag nicht angesprochen wurde, nicht in der Regierungserklärung, die eine Vielzahl von politisch weniger bedeutsamen Themenkomplexen umfasst, erwähnt worden?
 7. Wie intensiv ist die Bundesrepublik Deutschland insgesamt und sind die norddeutschen Bundesländer speziell mit der Ostseeregion wirtschaftlich, politisch, finanziell und kulturell verbunden?
Welche Bedeutung hat diese Verflechtung für den deutschen Arbeitsmarkt?
 8. Wo liegen die Vorteile, wo die Nachteile einer engen Wirtschaftskooperation des Ostseeraums für Deutschland insgesamt und speziell für die norddeutschen Bundesländer?
 9. Welcher politische, ökonomische und ökologische Handlungsbedarf ergibt sich für Deutschland insgesamt und speziell für die norddeutschen Bundesländer für eine intensiviertere Zusammenarbeit mit den Ostseeanrainern?
 10. Ist die Bundesregierung bereit, durch den Aufbau einer zentralen Arbeits-einheit im dafür zuständigen Bundesministerium eine Koordinierung aller Ostseeaktivitäten vorzunehmen?

11. Wie hat sich im Zeitraum 1989 bis 1999 der gesamtdeutsche Außenhandel – gegliedert nach den Bundesländern – mit der EU, NAFTA, MERCOSUR und dem ASEAN-Zusammenschluss im Vergleich zur Ostseeregion in absoluten und relativen Zahlen entwickelt und welche Bedeutung haben diese Wirtschaftsräume für den deutschen Arbeitsmarkt?
12. Welche Auslandsinvestitionen hat die deutsche Wirtschaft nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren im Ostseeraum insgesamt getätigt und welchen Umfang hatten sie in diesem Zeitraum mit den einzelnen Ländern dieser Region?
In welchen Ländern und welchen Branchen wurde investiert?
13. Wie viele Investitionen sind von 1989 bis 1999 aus dem Ostseeraum nach Deutschland insgesamt, wie viele speziell in die norddeutschen Bundesländer geflossen?

III. Zur wirtschaftlichen Entwicklung der Ostseeregion

14. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die gesamtwirtschaftliche Leistung aller Staaten im Ostseeraum seit dem Ende des Kalten Krieges entwickelt und wie beurteilt die Bundesregierung die ostseespezifischen Wachstumschancen?
Wie hat sich in den vergangenen zehn Jahren das Wirtschaftswachstum in den großen Wirtschaftszusammenschlüssen MERCOSUR, ASEAN, NAFTA und der EU entwickelt?
15. Wie hat sich in den vergangenen zehn Jahren die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Ostsee-Anrainerstaaten gemessen an nationalem Brutto-sozialprodukt, Inflation, Arbeitsmarkt, Währungsstabilität, Investitionen, Schuldenstand, Nettoneuverschuldung, Zinsniveau gestaltet?
16. Wie groß sind die Investitionen der anderen Ostseeanrainer in die Ostseeregion?
17. In welchem Umfang und in welchen Branchen haben außereuropäische Staaten in der Periode 1989 bis 1999 in diese Region investiert?
18. Was waren die entscheidenden positiven wie negativen Bestimmungsgründe für diese Entwicklung, und welche Faktoren werden die Perspektive der Ostseeregion nach Einschätzung der Bundesregierung in Zukunft bestimmen?
19. Wie hat sich der Aufbau von Finanzmärkten im Ostseeraum in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?
 - Welche gesamtwirtschaftliche Bedeutung kommt diesem Sektor beim Aufbau der Ostseeregion zu?
 - Wie beurteilt die Bundesregierung die diesbezüglichen deutschen Hilfestellungen, die von 1989 bis 1998 auf den Weg gebracht worden sind?
20. Welche gesamtwirtschaftliche Bedeutung kommt der währungspolitischen Zersplitterung der Ostseeregion bezüglich zukünftiger Wachstumsprozesse zu?
Wie will die Bundesregierung währungspolitische Stabilität in dieser Region, die durch eine Vielzahl relativ junger und kleiner Währungen gekennzeichnet ist, erreichen und wie steht sie beispielsweise zur währungspolitischen Koppelung der estnischen Krone an die Deutsche Mark?

21. Wie haben sich – aufgliedert nach den jeweiligen Ostseeanrainern – die öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung gemessen am jeweiligen nationalen Bruttoinlandsprodukt in absoluten und relativen Zahlen in den vergangenen zehn Jahren entwickelt, und von welcher Zielvorstellung wird in diesem Zusammenhang die Politik der Bundesregierung geleitet?
 22. Wie haben sich die Wachstumsraten der Ostseehäfen, insbesondere der deutschen Häfen, in den vergangenen zehn Jahren entwickelt und wie lauten die entsprechenden Zahlen für andere bedeutende Häfen außerhalb des Ostseeraums wie beispielsweise Antwerpen, Genua, London, Marseille oder Rotterdam?
 23. Welche unterschiedlichen Förderprogramme seitens der EU oder anderer Institutionen bestehen derzeit für die Staaten der Ostseeregion und welchen finanziellen Umfang haben diese?
 24. In welcher Größenordnung sind Länder der Ostseeregion im Zeitraum 1989 bis 1999 insgesamt durch Deutschland, die EU sowie andere Institutionen gefördert worden, und welche Staaten waren die Hauptempfänger dieser Unterstützung?
 25. Wird die Bundesregierung – ähnlich wie Schweden – ein spezifisches Programm zur Förderung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung des Ostseeraums auflegen?
 - Wenn ja, in welchem Umfang und ab welchem Zeitpunkt?
 - Wenn nein, welche Gründe sprechen in Deutschland gegen ein derartiges Programm, die in Schweden nicht wirksam sind?
- IV. Zur Tourismusentwicklung in der Ostseeregion
26. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung das Tourismusaufkommen im Ostseeraum in den vergangenen zehn Jahren entwickelt und welchen Beitrag leistet dieser Sektor zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung?
Inwiefern hat Deutschland insgesamt und haben die norddeutschen Länder von dieser Entwicklung profitieren können?
 27. Welches sind die Hauptvorteile, welches die entscheidenden Nachteile der Ostseeregion (Baltic Sea Region) als Urlaubsgebiet?
Welche Bereiche der Ostsee sind gemessen am Touristenaufkommen sowie an der Wertschöpfung die beliebtesten Urlaubsgebiete?
 28. Wie viele Touristen verzeichnete der Ostseeraum 1989 und 1999 – aufgeteilt nach Ländern?
 29. Auf welche Art und Weise kann Deutschland durch Fördermaßnahmen noch attraktiver für den Ostseetourismus gestaltet werden?
Welche Entwicklungsmöglichkeiten sind denkbar im Kreuzfahrtbereich?
- V. Zur ökologischen und energiewirtschaftlichen Entwicklung in der Ostseeregion
30. Wie hat sich die Situation von Natur und Umwelt in der Ostsee in den vergangenen zehn Jahren entwickelt und inwieweit hat die deutsche Umweltpolitik zu Verbesserungen beigetragen?
 31. Welche Beschlüsse der Helsinki-Konferenz sind bis jetzt umgesetzt worden?

- Wo liegen besondere Defizite und wie will die Bundesregierung diesen begegnen?
32. In welchen Bereichen liegen in den kommenden zehn Jahren nach Einschätzung der Bundesregierung sowie der EU die vordringlichen Aufgaben beim Ostseeschutz?
Wie können die diesbezüglichen Aufgaben finanziert werden?
 33. Welches energiepolitische Leitbild verfolgt die Bundesregierung für den Ostseeraum?
 34. Wie beurteilt die Bundesregierung die Initiativen für den „Baltischen Ring“ zum Aufbau einer gemeinsamen nordeuropäischen Energieversorgung im gesamten Ostseeraum?
 35. Wo liegen die spezifischen Probleme der Energieversorgung, insbesondere in den ehemaligen GUS-Staaten?
 36. Wie viele Kernkraftwerke sind in der Ostseeregion derzeit in Betrieb?
 - Erfüllen alle diese Kraftwerke die deutschen Sicherheitsstandards?
 - Wenn nein, welche nicht und welche Gefahren gehen von diesen Kernkraftwerken aus?
 37. Welcher Sanierungsbedarf besteht im Hinblick auf konventionelle Kraftwerke sowie Kernkraftwerke in den östlichen Ostseeanrainerstaaten?
 38. Wie und in welchem Zeitraum will die Bundesregierung dazu beitragen, eine Verminderung des Risikos bei der Nutzung der Kernenergie in diesen Staaten zu erreichen?
 39. Welcher prozentuale Anteil an der gesamten Energieversorgung des Ostseeraums stammt aus Kernkraftwerken?
 - Wie groß ist der diesbezügliche Energieanteil, der von Deutschland pro Jahr importiert wird?
 - Wie groß ist der Anteil von Stromimporten aus den ehemaligen GUS-Staaten?
 40. Wie haben sich die Fischbestände der Ostsee in den vergangenen zehn Jahren entwickelt und welchen Anteil am Fischfang haben die einzelnen Ostseeanrainer – gemessen an Mengen- und Preisbewertung?
 41. Für welche Fischarten in der Ostsee besteht derzeit bereits ein Schutzkonzept und für welche Arten sieht die Bundesregierung weiteren Handlungsbedarf?
 42. Welche wechselseitige Bedeutung haben Umweltschutz und Tourismus im Ostseeraum?
Welchem dieser beiden Bereiche wird im Zweifelsfall Vorrang eingeräumt?
 43. Auf welche Art und Weise können deutsche Unternehmungen von Umweltschutzmassnahmen der EU im Ostseeraum profitieren und wie unterstützt die Bundesregierung die Auftragsvergabe an deutsche Unternehmen?
 44. Welche Gefahren für Mensch, Tier und Pflanzenwelt gehen nach wie vor von Minen und Kampfmittelrückständen in der Ostsee aus den beiden Weltkriegen aus, wie sie in jüngster Vergangenheit wieder öffentlich bekannt wurden?

- VI. Zur Entwicklung des Verkehrs in der Ostseeregion
45. Wie hat sich die verkehrspolitische Lage im Allgemeinen und speziell das Verkehrsaufkommen der Transportmittel Schiene, Auto, Flugzeug und Schiff in den vergangenen zehn Jahren im Ostseeraum entwickelt?
 46. Wie lauten die Prognosen für das Verkehrsaufkommen im Ostseeraum insgesamt und speziell für Deutschland aufgegliedert nach obigen Transportmitteln?
 - Wie sehen diese Prognosen gesondert für Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern aus und welche verkehrs-, wirtschafts-, finanz- und umweltpolitische Folgen ergeben sich daraus?
 - Welche Entwicklungen und Prognosen gibt es für vergleichbare andere Wirtschaftsräume?
 47. Welche verkehrspolitischen Projekte plant die Bundesregierung, um die deutsche Infrastruktur für den Ostseeraum zu verbessern?
 48. Welche verkehrspolitischen Folgen und Herausforderungen ergeben sich für Deutschland durch die Querung des Großen Belt und des Öresund sowie der geplanten Querungen des Fehmarn-Belt?
 - Geht die Bundesregierung davon aus, dass das Straßenverkehrsaufkommen in Schleswig-Holstein durch diese Baumaßnahme erheblich ansteigen wird, und wenn ja, in welchem Umfang und auf welchen Routen insbesondere?
 - Wie will die Bundesregierung den heute schon bestehenden Verkehrsengpass Elbtunnel beseitigen?
 49. Welchen Stellenwert hat in diesem Zusammenhang die Magnetschwebbahn Transrapid?
 50. Welche Bedeutung kommt dem Nord-Ostsee-Kanal zu?
 51. Über welche Routen verlaufen die Güterströme – nach Mengen- und Preisbewertung –, die aus der Ostsee an der deutschen Küste anlanden bzw. von Deutschland in die Ostseeregion ausgehen und wohin werden diese weitertransportiert?
 52. Welche Hinterlandverbindungen werden von den deutschen Ostseehäfen intensiv verwendet?
 53. Welche wirtschaftliche und finanzielle Bedeutung kommt dem Transitverkehr, der durch die deutschen Ostseehäfen verläuft, insgesamt zu?
 54. Wo liegen die infrastrukturpolitischen Hauptvorteile, wo die entscheidenden Schwachpunkte der Ostseeregion?
 55. Welches finanzielle Gesamtvolumen wäre notwendig, um die gesamte Infrastruktur im Ostseeraum auf das Niveau der EU anzuheben?

Welche Bedeutung kommt beim Infrastrukturaufbau der Kreditvergabe internationaler Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Investitionsbank oder der Weltbank zu?
 56. Ist für die Bundesregierung der privatfinanzierte Straßenbau in der östlichen Ostseeregion eine sinnvolle Ergänzung zur staatlich finanzierten Infrastruktur?

VII. Zur sicherheitspolitischen Situation in der Ostseeregion

57. Wie beurteilt die Bundesregierung die sicherheitspolitische Lage in der Ostseeregion und wie hat sie sich in den vergangenen zehn Jahren entwickelt? Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang das Trinationale Korps (Dänemark, Deutschland, Polen)?
58. Welche Folgen ergeben sich daraus für Deutschland?
59. Schätzt die Bundesregierung das militärische Potential (u.a. konventionelle und nukleare Waffensysteme) im Raum Königsberg (Kaliningrad) als Problem für die Ostseeregion ein?
Wenn ja, mit welchen sicherheitspolitischen Maßnahmen will sie dieser Herausforderung begegnen?
60. Was unternimmt die Bundesregierung, um die Heranführung der baltischen Staaten an die euro-atlantischen Strukturen voranzubringen?
61. Wie beurteilt die Bundesregierung die Migration aus dem Ostseeraum nach Deutschland?
– Aus welchen Ländern und in welcher Größenordnung kommt es zu Wanderungsbewegungen nach Deutschland und wie werden sich diese in Zukunft entwickeln?
– Was hat die Bundesregierung im Zeitraum von 1989 bis 1999 unternommen, um einer Zunahme der Migration präventiv entgegenzuwirken?
– Welche Projekte werden aktuell unterstützt und welche sind in der Planung?
62. Welcher gesamtwirtschaftliche Schaden ist Deutschland nach Schätzung der Bundesregierung v.a. durch Organisierte Kriminalität innerhalb der Ostseeregion in den vergangenen zehn Jahren entstanden?
63. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen und welche Vorkehrungen sind von der Kieler Sicherheitsexperten-Konferenz auf den Weg gebracht worden, um die Kriminalität im Ostseeraum wirksam zu bekämpfen?
– Welche Schwerpunkte und Projekte gibt es in der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit?
– Welchen Umfang hat die polizeiliche Ausstattungshilfe und Ausbildungs- und Ausbildungshilfe und wie wirkt sie sich aus?
64. Wird sich die Bundesregierung für eine Verlängerung der „Baltic Sea Task Force“ einsetzen, deren Mandat Ende des kommenden Jahres ausläuft?

VIII. Zur politischen Kooperation in der Ostseeregion

65. Wie hat sich die politische Kooperation zwischen den Staaten der Ostseeregion in den vergangenen zehn Jahren – gegliedert nach politischen Ebenen – entwickelt?
66. Welche Entwicklung in der Ostseeregion ist durch die Konferenz von Kalmar und die Baltic 21 auf den Weg gebracht worden und welche Resultate können schon heute vorgewiesen werden und in welchen Bereichen besteht Handlungsbedarf?
67. Wie können die verschiedenen Förderprogramme der EU und diejenigen der Ostseeanrainer insbesondere für die grenzüberschreitenden Vorhaben besser aufeinander abgestimmt und flexibler gehandhabt werden, um die vorhandenen Mittel effizienter einsetzen zu können?

Beabsichtigt die Bundesregierung, sich innerhalb der EU darüber hinaus dafür einzusetzen, dass für die Ostzusammenarbeit zusätzliche Fördermittel zur Verfügung gestellt werden?

68. Durch welche konkreten Schritte wird sich die Bundesregierung für das von Finnland eingebrachte Konzept einer „Nördlichen Dimension“ einsetzen bzw. durch welche konkreten Schritte hat sie sich dafür eingesetzt?

Ist die Bundesregierung bereit, sich innerhalb der EU dafür einzusetzen, dass die am 11./12. November 1999 auf Ebene der Außenminister begonnene institutionelle Zusammenarbeit zu einer regelmäßig einzuberufenden Nordeuropa-Konferenz weiterentwickelt wird?

69. Hält die Bundesregierung eine Erweiterung der Ostseezusammenarbeit „von unten“ durch ein politisches Konzept „von oben“ für notwendig?

Wenn ja, wie sollte ein derartiges Konzept aussehen?

70. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung in diesem Zusammenhang der in den Nachbarländern lebenden deutschstämmigen Bevölkerung für die bilaterale Zusammenarbeit und damit auch für das Zusammenwachsen des Ostseeraums bei?

– Ist es nicht – falls der deutschstämmigen Bevölkerung die Rolle eines Mittlers zukommen sollte – kontraproduktiv, ausgerechnet die deutschen Generalkonsulate in Apenrade, Stettin und Oppeln zu schließen?

– Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um die politische Begleitung und Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die im Ostseeraum den Schwerpunkt der Arbeit der deutschen Generalkonsulate in Apenrade und Stettin in ihren jeweiligen Ostsee-Euro-Regionen bilden, zu gewährleisten, wenn diese Generalkonsulate nun geschlossen werden sollen?

IX. Russland und die Ostseeregion

71. Welche Bedeutung kommt nach Auffassung der Bundesregierung Russland bei der allgemeinen Entwicklung der Ostseeregion zu?

72. Welche russlandspezifischen Initiativen haben Deutschland und die EU in den vergangenen zehn Jahren auf den Weg gebracht, um Russland so weit wie möglich in die Ostseeregion als vollwertigen Handelspartner einzubinden?

73. Welche Bedeutung kommt der künftigen Ostsee-EU-Enklave Russlands um Königsberg (Kaliningrad) für die Entwicklung der Ostseeregion zu?

– Wie hat sich die wirtschaftliche Entwicklung in der Region um Königsberg in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?

– In welcher Relation steht diese Entwicklung zu den anderen Ostseeanrainerstaaten?

– Wie will die Bundesregierung eine für die gesamte Ostseeregion förderliche Entwicklung dieses Gebietes unterstützen?

Welche Konsequenzen könnten sich für den Fall ergeben, dass sich diese Region nachhaltig schlechter entwickeln sollte als der Rest der Ostseeregion?

74. Welche Wachstumschancen sieht die Bundesregierung in Nordwest-Russland, welches sind die ökonomischen Grundlagen dafür und wie schätzt sie die politischen Rahmenbedingungen für eine möglichst optimale Nutzung dieser Wachstumschancen ein?

- Welche Verbesserungen – auf welchen Ebenen und welchen Bereichen – hält die Bundesregierung hier für erforderlich?
 - Welchen Beitrag könnten aus Sicht der Bundesregierung die Ostseepartner Russlands dabei leisten?
 - Ist die Bundesregierung bereit, dafür gegenüber den anderen Ostseepartnern eine Initiative zu ergreifen, und wenn ja, welche?
75. Worin besteht der Beitrag der Bundesregierung, die Einbeziehung Russlands in die sicherheitspolitischen Konsultationen in der Region zu festigen?
- X. Kultur- und Bildungspolitik in der Ostseeregion
76. Wie hat sich die kulturelle und bildungspolitische Zusammenarbeit im Ostseeraum in der vergangenen Dekade entwickelt und entspricht diese Entwicklung den Zielvorstellungen der Bundesregierung?
Welche diesbezüglichen Projekte wird die Bundesregierung auf den Weg bringen bzw. hat sie auf den Weg gebracht?
Welche Projekte haben andere Staaten initiiert?
77. Wie beurteilt die Bundesregierung den Aufbau eines Ostsee-Universitätsrings, der sich zu einem globalen Forschungs- und Wissenszentrum entwickeln könnte?
78. Welche kulturellen und bildungspolitischen Maßnahmen sind seit dem Regierungswechsel 1998 seitens der Bundesregierung spezifisch für den Ostseeraum ergriffen worden und welche plant sie zu ergreifen?
79. Durch welche möglichen Projekte könnte sich der „Kulturraum Ostsee-Region“ gemeinsam präsentieren?
80. Welche Vorstellungen gibt es hinsichtlich der Entwicklung von Museumslandschaften (z. B. im Raum Peenemünde)?

Berlin, den 1. Dezember 1999

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)

Gunnar Uldall

Ulrich Adam

Dietrich Austermann

Otto Bernhardt

Silvia Bonitz

Klaus Brähmig

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)

Hansjürgen Doss

Anke Eymer (Lübeck)

Dirk Fischer (Hamburg)

Erich G. Fritz

Kurt-Dieter Grill

Susanne Jaffke

Ulrich Klinkert

Eva-Maria Kors

Dr. Martina Krogmann

Dr. Paul Krüger

Angela Merkel

Friedrich Merz

Elmar Müller (Kirchheim)

Bernd Neumann (Bremen)

Friedhelm Ost

Dr. Bernd Protzner

Hans-Peter Repnik

Dr. Heinz Riesenhuber

Heinrich-Wilhelm Ronsöhr

Volker Rühle

Hartmut Schauerte

Karl-Heinz Scherhag

Michael von Schmude

Birgit Schnieber-Jastram

Reinhard Freiherr von Schorlemer

Max Straubinger

Angelika Volquartz

Gert Willner

Matthias Wissmann

Dagmar Wöhrl

Peter Kurt Würzbach

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

